

**Königsbach-Stein.** Etwa 300 Besucher – überwiegend Laier-Gegner – waren in die Königsbacher Festhalle gekommen, um bei der Einwohnerversammlung Antworten auf ihre Fragen zum Thema Gewerbegebiet zu erhalten. Genthner hieß alle willkommen, ließ noch einmal die über zwanzigjährige Historie der Planungen Revue passieren, und fasste abschließend zusammen: „Bei der Entwicklung des Gewerbegebiets Laier geht es um eine wegweisende Entscheidung“. Das heiße, den bislang erfolgreichen Weg in der Gewerbeentwicklung weiterzugehen. „Ein Konservieren der aktuellen Situation kann es nicht geben. Ohne Weiterentwicklung wird es Rückschritte geben.“

Souverän moderiert von Elisabeth Ströbel präsentierten Werner Gerhardt und Karin Kies vom Büro Gerhardt Stadtplaner den aktuellen Stand der Planungen, Thomas Klopfer vom ESB-Erschließungsträger Bruchsal berichtete über die Verfahren des Bebauungsplans, die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die Einzelgespräche mit den Grundstückseigentümern im Februar 2017. Es habe zwar kritische Stimmen gegeben, aber „das Ergebnis war, dass niemand ein klares ‚Nein‘ gesagt hat. Wenn das nicht so gewesen wäre, hätten wir das nicht weiter verfolgt.“ Gerhardt und Kies erinnerten an die Vorgeschichte, die erfolglose Suche nach Alternativstandorten zu dem durch die Topografie nicht unproblematischen Gebiet Laier und nannten unter anderem zwölf Meter als Maximalhöhe der dort zu bauenden Gebäude.

Nach einer Stunde der Vorstellungen, meldete sich Rainer Botz, Vorsitzender der Bürgerinitiative BIKS, zu Wort.

## Bürger fordern „realistische Zahlen“

**Zahlreiche Bedenken angemeldet: Einwohnerversammlung zu Gewerbegebiet Laier**



**VOLLE REIHEN** in der Königsbacher Festhalle: Zahlreiche Bürger nahmen an der Versammlung zum Gewerbegebiet Laier teil – die meisten äußerten sich kritisch zu den Plänen der Gemeinde.

Foto: ufa

„Die Vorträge waren schlüssig, aber kritiklos und geschönt – und mitunter nicht ganz der Wahrheit entsprechend.“ Dem widersprachen die Beschuldigten.

Botz' Stellvertreter Rolf Ergelmann präsentierte anschließend etwa 15 Minuten lang die Meinung der BIKS. Ent-

scheidend sei letztlich, dass die Gemeinde momentan gar nicht Eigentümer eines Großteils der Grundstücke sei und diese wegen der Vetos auch nicht erwerben könne. Ebenso scheine es unmöglich, dass das Gebiet zu den 2016 geplanten Kosten umgesetzt werden könne. „Wir, die Bürger, verlangen

eine neue aktualisierte Kostenberechnung mit realistischen Zahlen.“ Vereire, wie der Reiter- und der Keglerverein würden zudem in ihrer Existenz bedroht, außerdem drohe ein Parkplatzchaos. Parkplätze müssten die Betriebe auf ihrem Gelände einrichten, informierte Dopfer.

Vielen Besuchern ging es um Verkehrsbelastung, Wirtschaftlichkeit, Naherholung, um verbaute Sicht, Umweltbelastung oder die Größe der anzusiedelnden Firmen. Letzteres, so Kies, sei noch nicht endgültig festgelegt. Zum Reiterverein sagte der RV-Vorsitzende Martin Leopold: Er sei am Mittwoch beim Bürgermeister gewesen wegen der auf 2020 befristeten Pachtverträge. „Ich habe den Eindruck, dass wir mit der Gemeinde einig werden.“

Wie aus den Plänen hervorgeht, liegen die Grundstücke von Reiter- und Keglerverein außerhalb des Geltungsbereichs der Planungen. Die als Parkraum genutzten Vorflächen sind weitgehend im Besitz der Gemeinde.

Nach über drei Stunden meldete sich Günter Jenisch zu Wort, der Besitzer eines Großteils der Grundstücke. Bei einem Verkauf müsse er 65 Prozent Einkommensteuer zahlen, sowie Grundsteuer und Gebühren. Das sehe er nicht ein. Seine Familie habe nach dem Krieg eine Existenz aufgebaut – „und das soll nun platt gemacht werden.“

Die Moderatorin forderte alle auf, ihre Einwände und Vorschläge schriftlich zu formulieren und bis zum 1. Juni bei der Gemeinde einzureichen.

Die SPD-Fraktion hat bereits den Vorschlag eines Königsbacher Besuchers der Einwohnerversammlung aufgegriffen und am Freitagvormittag bei der Gemeindeverwaltung den Antrag für einen Bürgerentscheid zur Abstimmung über das Gewerbegebiet Laier eingereicht. Der Antrag soll in der nächsten Gemeinderatssitzung am 15. Mai auf die Tagesordnung kommen, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Oliver Demel informierte.

Ulrike Faulhaber

PF-KURIER

5.5.18